

Sind gesundheitspolitische Entscheide ohne wissenschaftliche Erkenntnisse vertretbar?

«Wissenschaftsgesellschaft»

Politik und Wissenschaft sind unterschiedliche Funktionssysteme in modernen Gesellschaften, die jeweils eigene Problemwahrnehmungen und Handlungslogiken beinhalten. Für die Politik ist die Orientierung am Leitwert der Macht handlungsleitend, für die Wissenschaft die Unterscheidung von wahr und falsch. Zugleich stehen beide Teilsysteme in einer engen Wechselbeziehung, weil sie füreinander Leistungen produzieren, auf die das jeweils andere System zum Erhalt seiner eigenen Funktionsfähigkeit angewiesen ist.



Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld

Wissenschaft ist in modernen Gesellschaften eine wichtige Grundlage für politisches Handeln. Die Ursachen von Problemen zu kennen und geeignete Instrumente zur Problemlösung anzuwenden ist für eine effektive politische Steuerung von essentieller Bedeutung. Wissenschaft kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten und tut dies auch oft. Dies gilt auch für die Gesundheitspolitik. Freilich bedeutet dies nicht, dass die Akteure des politischen Systems bei ihren Entscheidungen sich immer oder allein auf wissenschaftliche Ergebnisse stützen würden. Im Gegenteil wird dies eher selten der Fall sein. Gründe dafür liegen in beiden Teilsystemen, also sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen System.

Wissenschaft kommt häufig nicht zu solchen Ergebnissen, aus denen sich eindeutige Handlungsempfehlungen ableiten lassen. In vielen Fällen findet ein und dasselbe Problem in der Wissenschaft unterschiedliche, bisweilen sogar gegensätzliche Antworten – denken wir etwa nur an die Bewertung primärärztlicher Versorgungsmodelle oder von diagnosebezogenen Fallgruppen. Auch aus diesem Grund greift Politik höchst selektiv auf Wissenschaft zu: Zu Berätern, Kommissionen, Gutachten etc. erhalten eher solche Akteure aus der Wissenschaft privilegierten Zugang, von denen erwartet wird, dass ihre Befunde mit den Positionen der betreffenden politischen Akteure kompatibel sind. Es kommt somit zu einer Politisierung von Wissenschaft. In

der Gesundheitspolitik tritt ein weiteres Problem mit besonderer Schärfe hinzu: Voraussetzungen von Gesundheit und Ursachen von Krankheit sind zumeist so komplex, dass sich valide Aussagen über die Wirksamkeit bestimmter Instrumente nur schwer treffen lassen und Aussagen über die Effekte empfohlener oder ergriffener Massnahmen häufig mit einer grossen Unsicherheit behaftet sind. Dies betrifft etwa die Qualität der gesundheitlichen Versorgung oder die Wirksamkeit von Präventionsmassnahmen. Beide Merkmale – die Widersprüchlichkeit und Unsicherheit wissenschaftlicher Befunde einerseits, die Politisierung der Wissenschaft andererseits – haben dazu geführt, dass in modernen Gesellschaften Wissenschaft ihren Nimbus als neutrale, allein der Rationalität verpflichtete Instanz eingebüsst hat. Es gehört zu den Paradoxien moderner Gesellschaften, dass trotz dieses Verlusts ihrer Orientierungsfunktion Wissenschaft als Legitimationsressource für politische Entscheidungen von ungebrochener Relevanz ist.

Politik hingegen greift nur höchst selektiv auf Befunde und Empfehlungen aus der Wissenschaft zurück – auch dort, wo diese eindeutig sind. Ein wichtiger Grund liegt darin, dass das politische System und seine Akteure sich am Leitwert der Machterhaltung orientieren. Macht wird in demokratischen Gesellschaften über Wahlen zugewiesen. Die Umsetzung wissenschaftlicher Empfehlungen in der Gesundheitspolitik scheitert daher häufig daran, dass sie die Zustimmung der Bevölkerung oder parteipolitisch relevanter Klientelgruppen gefährdet oder diese Gefährdung befürchtet wird. Zudem beinhalten gesundheitspolitische Empfehlungen häufig Konflikte mit anderen Zielen (z.B. Kosten, egalitärer Zugang zur gesundheitlichen Versorgung), deren Abwägung nicht wissenschaftlich, sondern nur normativ erfolgen kann.